Bericht und Dringlichkeitsantrag des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung

Bericht Nr. 17 des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung

Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerbeteiligung hat am 14.03.2025 die nachstehend aufgeführten 15 Petitionen abschließend beraten:

Der Ausschuss bittet, folgende Petitionen dem Senat zur Kenntnis zu geben:

Eingabe Nr.: S21/82

Gegenstand: Sperrung Hohweg während Krötenwanderung

Begründung:

Die Petenten fordert die Sperrung des Hohweges in Walle zwischen 19 und 7 Uhr nachts bis Mitte April beziehungsweise eine entsprechende Umleitung, um die Krötenwanderung zu schützen.

Die Petition wird von 32 Mitzeichnenden unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin Stellungnahmen der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung sowie der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft legt in ihrer Stellungnahme dar, dass Kenntnisse über die Bedeutung der Flächen am Hohweg als Amphibienlebensraum beziehungsweise Wanderungsgebiet der Naturschutzbehörde lediglich für das derzeit noch bewaldete Grundstück Ecke Hohweg/Unionweg vorliegen. Auf dem Grundstück sind demnach Gewässerlebensräume vorhanden. Eine Amphibien-Erfassung aus dem Jahr 2024 (hier eingegangen am trifft für beide Straßen in diesem Bereich Amphibienwanderungen sowie überfahrene Exemplare folgende Feststellungen:

Der Gehölzbereich am Hohweg/ Ecke Unionweg wird als Sommer- und Winterlebensraum von den Arten Erdkröte, Teichmolch und Grasfrosch genutzt. Hierbei wurde der untersuchte Bereich als Amphibienlebensraum eingeschränkter Bedeutung eingestuft. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es im Oktober zu einer relativ hohen Anzahl von Grasfröschen kam, welche darauf hindeutet, dass eine erheblich größere Zahl der mittlerweile deutlich von Bestandsrückgängen betroffenen Amphibienart innerhalb des Gehölzlebensraums überwintern dürfte. Bei der auf Gewässerstandorte angepassten Methodik spielt eine Winterlebensraumnutzung keine Rolle, weshalb diese in die Einstufung und Bewertung nicht mit eingeflossen ist.

Sowohl auf dem Hohweg als auch auf dem Unionweg konnte eine Frühjahrswanderung auf dem Weg zu potenziellen Laichgewässern von Erdkröte und Teichmolch registriert werden. Dabei waren die Tiere meist in Richtung des Fleets unterwegs. Ebenso konnten dort über-

fahrene Tiere festgestellt werden. Es liegen keine Daten darüber vor, ob und inwieweit andere Abschnitte dieser Straßen außerhalb des Untersuchungsgebietes ebenfalls von Amphibien gequert werden, dies ist aber für einen bestimmten Teilbereich zu vermuten.

Aus Sicht des Artenschutzes wäre es laut Stellungnahme der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft demnach im Ergebnis dieser Bestandsaufnahme sinnvoll und erforderlich, sowohl den Hohweg als auch den Unionweg im Bereich der begleitenden Fleete während der Amphibienwanderzeiten vom 15.02. bis 15.05. bei Dunkelheit zu sperren. Dem hat jedoch die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung aus verkehrlicher Sicht widersprochen. Demnach würde eine Sperrung der Straße eine Beschränkung des fließenden Verkehrs darstellen. Die Anordnung von Verkehrszeichen darf gemäß § 45 Absatz 9 StVO nur dort erfolgen, wo dies aufgrund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Dabei dürfen Gefahrzeichen nur dort angeordnet werden, wo es für die Sicherheit des Verkehrs erforderlich ist, weil auch ein aufmerksamer Verkehrsteilnehmer die Gefahr nicht oder nicht rechtzeitig erkennen kann und auch nicht mit ihr rechnen muss. Insbesondere Beschränkungen und Verbote des fließenden Verkehrs dürfen nur angeordnet werden, wenn auf Grund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine erhebliche Gefahrenlage besteht. Dies wird für den fraglichen Bereich vom zuständigen Amt für Straßen und Verkehr (ASV) verneint. In Abstimmung der beiden betroffenen senatorischen Dienststellen wird das ASV stattdessen nunmehr kurzfristig die Beschilderung mit dem Verkehrszeichen VZ 101-24 „Amphibienwanderung“ vornehmen.

Dessen ungeachtet ist auf lange Sicht aus Perspektive des Umweltressorts die Installation eines Krötenschutzzaunes beidseitig der Abschnitte mit Sammeleimern sinnvoll, der in diesem Zeitraum betreut werden muss. Konkret bedeutet dies ein regelmäßiges sicheres Hinübertragen der Amphibien über die Straße. Für den betroffenen Bereich von 870 Metern Länge (*2 = 1.740 Meter) sind demnach Kosten von ca. 9.500 € zuzüglich Kosten für die Eimer anzusetzen. Der Naturschutzbund Bremen (NABU) hat laut Stellungnahme der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft großes Interesse, mit ehrenamtlichen Kräften im Amphibienschutz tätig zu werden. Die Naturschutzbehörde wird sich bemühen, für die Amphibienwanderzeit 2026 eine Kooperation zu etablieren, wobei die Naturschutzbehörde die Möglichkeit der Übernahme der Sachkosten im Rahmen der Biodiversitätsstrategie Bremen prüfen wird.

Der Petitionsausschuss begrüßt und unterstützt das skizzierte Vorhaben des Umweltressorts für die Amphibienwanderzeit 2026 und bittet vor diesem Hintergrund, die Petition dem Senat als Material zur weiteren Behandlung zur Kenntnis zu geben.

Eingabe Nr.: S21/150

Gegenstand: Kantstein zwischen Rad- und Fußweg

Begründung:

Mit der vorgelegten Petition bittet der Petent, einen hochstehenden Kantstein zwischen dem Fuß- und Radweg in der Anna-Stiegler-Straße auf Höhe der Hausnummern 1 – 115 zurückbauen zu lassen. An dem betreffenden Fuß- und Radweg seien seiner Beobachtung nach lange Zeit keine Wartungsarbeiten mehr vorgenommen worden. Zudem handele es sich um eine veraltete Technik, die Gefahren berge.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung legt mit ihrer Stellungnahme dar, dass es sich im vorliegenden Fall bei dem genannten Kantstein um einen Längsbord handelt, der als Trennung zwischen dem Geh- und Radweg dient. Er ist aus bautechnischen Gründen zwingend erforderlich, um die vorgenannte Trennung optisch zu verdeutlichen. Ein Rückbau würde hingegen einen Neubau des Geh- und Radweges auf voller Länge und Breite erforderlich machen. Aus diesem Grund wäre aus Sicht der Senatorin für Bau, Mobilität und

Stadtentwicklung eine derartige Maßnahme unverhältnismäßig, da zudem hierfür keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Vor diesem Hintergrund sieht der Ausschuss derzeit keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen des Petenten zu entsprechen. Gleichwohl bittet der Ausschuss, die Petition dem Senat als weiteres Material zur Kenntnis zu geben, damit im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht des Straßenbaulastträgers oder im Zuge einer turnusgemäßen Revision des betreffenden Geh- und Radweges ein etwaiger Rückbau des Kantsteins in Betracht gezogen werden kann.

Der Ausschuss bittet, folgende Petitionen bei Zustimmung der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion Die Linke sowie bei Gegenstimmen der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion BÜNDNIS DEUTSCHLAND für erledigt zu erklären, weil die Stadtbürgerschaft keine Möglichkeit sieht, den Anliegen zu entsprechen:

Eingabe Nr.: S21/139

Gegenstand: Keine Zuwegung über Weingartstraße

Begründung:

Bremen-Borgfeld zur Erschließung des Flurstückes 192, da sich die Sinnhaftigkeit, dieser Zuwegung, insbesondere aufgrund einer erschwerten Zugänglichkeit für Rettungsfahrzeuge und Müllfahrzeuge, für die Anwohnenden nicht erschließe. Die Sackgasse Weingartstraße würde dadurch zu einer Durchgangsstraße gemacht, welche zu einem Baugebiet führe, welches auch gut über die Straße Rethfeldsfleet zu erreichen sei. Auch der Beirat Borgfeld habe sich einstimmig gegen eine zweite Zuwegung ausgesprochen. Der Petent fordert daher eine Änderung des B-Planes 1986 bezüglich der vorgesehenen Verkehrsführung über die Weingartstraße.

Die Petition wird von 105 Mitzeichnenden unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten mehrere Stellungnahmen der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung eingeholt. Die Petition wurde zudem öffentlich vor dem Petitionsausschuss beraten. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Petitionsausschuss kann die Forderung des Petenten grundsätzlich gut nachvollziehen, sieht aber keine Möglichkeit der Petition zum Erfolg zu verhelfen. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung hat dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass gemäß den Festsetzungen des rechtskräftigen Bebauungsplanes 1986 die Erschließung des Flurstückes 192 über die öffentliche Straßenverkehrsfläche der Weingartstraße erfolge. Die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung habe am 11.01.2024 den Beschluss des Beirates Borgfeldes, in welchem eine Änderung des Bebauungsplanes gefordert wird, zur Kenntnis genommen, aber keinen Änderungsbeschluss, wie vom Beirat gefordert, gefasst. Zudem weist die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung darauf hin, dass die geplante Zuwegung mit einer Breite von 5 Metern zum Befahren für Fahrzeuge der Feuerwehr und der Rettungsdienste ausreichend bemessen sei. Schließlich seien mittlerweile Baugenehmigungen erteilt und die Eigentümer der Fläche würden somit über Baurecht auf Grundlage des bestehenden Bebauungsplanes verfügen. Auch eine Änderung des Bebauungsplanes würde daran nichts mehr ändern. Vor diesem Hintergrund bittet der Ausschuss die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Eingabe Nr.: S21/140

Gegenstand: Pachtfortsetzung eines Flurstückes

Begründung:

Der Petent widerspricht einer Kündigung eines Pachtvertrages über ein Grundstück, welches sich im Besitz der Stadt Bremen befindet und bittet um Pachtfortsetzung. Der Vertrag sei gekündigt worden, da über den vom Petenten gepachteten Hausgarten eine Zuwegung errichtet werden solle. Aktuell sei aber noch gar nicht absehbar, ob auf dem Grundstück, für welches die Zuwegung errichtet werden soll, überhaupt gebaut werden wird. Zudem sei eine Zuwegung über die Fläche des gepachteten Hausgartens ohnehin zwecklos. Der Petent weist zudem darauf hin, dass er mehrfach angeboten habe, die gepachtete Fläche käuflich zu erwerben.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme des Senators für Finanzen eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Der Petitionsausschuss sieht keine Möglichkeit der Petition zum Erfolg zu verhelfen. Der Senator für Finanzen hat dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass die Kündigung des Pachtvertrages aufgrund der absehbaren Umnutzung der Pachtfläche für die Realisierung der Planungsziele des B-Plans 1986 erfolgt sei. Mittlerweile seien Baugenehmigung für die betroffenen Baugrundstücke erteilt und zur ordnungsgemäßen Erschließung der Bebauung würde die an den Petenten verpachtete Fläche zwingend benötigt. Der Petitionsausschuss bittet vor diesem Hintergrund die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen des Petenten zu entsprechen.

Der Ausschuss bittet, folgende Petitionen für erledigt zu erklären, weil die Stadtbürgerschaft keine Möglichkeit sieht, den Anliegen zu entsprechen:

Eingabe Nr.: S20/228

Gegenstand: Beschwerde über Sozialbehörde

Begründung:

Der Petent trägt vor, dass die Zentrale Fachstelle Wohnen der Sozialbehörde ihm ohne Angabe von Gründen die Zurverfügungstellung einer Unterkunft beziehungsweise eines Hotelzimmers verweigert habe, obwohl er obdachlos und ohne Geld sei und daher auf der Straße lebe. Da er ohne Einkommen sei, habe der Petent auch keine Krankenversicherung. Zudem hat der Petent in ergänzenden E-Mails vehement das Agieren diverser Akteuer:innen der Sozialbehörde, des Amtes für Soziale Dienste und Betreiber:innen von Notunterkünften vehement kritisiert.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten mehrere Stellungnahmen der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport eingeholt. Zudem hat der Ausschuss eine Sondersitzung mit Vertreter:innen des Sozialressorts abgehalten und der Ausschussvorsitzende mehrfach Erörterungstreffen mit dem Petenten abgehalten. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Diese Petition hat sowohl die Ausschussmitglieder der 20. als auch der 21. Wahlperiode beschäftigt und eine für ein Petitionsverfahren ungewöhnlich intensive Befassung mit sich gebracht.

Ausgangspunkt des Konfliktes des Petenten mit der Sozialbehörde war der Umstand, dass nach Zuweisung in eine Notunterkunft auf Grundlage des Obdachlosenpolizeirechts zur Gefahrenabwehr aufgrund der zum Zeitpunkt vorherrschenden Kälte eine dauerhafte Unterbringung scheiterte. Zur Verstetigung wurde der Petenten aufgefordert, Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) zu beantragen und im Rahmen der damit verbundenen Mitwirkungspflichten Angaben zu seiner Identität und mithin zu seinen Einkommens-

und Vermögensverhältnissen darzulegen. Dem hat sich der Petent vehement und dauerhaft verweigert. Auch im Rahmen eines erfolglosen eilgerichtlichen Verfahren vor dem Sozialgericht Bremen kam der Petent demnach den wiederholten Aufforderungen des Gerichts, Angaben zu seiner Identität und zu den übrigen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen - durch Vorlage geeigneter Dokumente - zu machen, nicht nach.

Vielmehr beharrte der Petent darauf, auf Grundlage des Obdachlosenpolizeirechts ohne Darlegung seiner Identität untergebracht zu werden. Dabei verkannte und verkennt der Petent, dass es sich dabei um eine temporäre Akutmaßnahme der Gefahrenabwehr handelt, die gegenüber dem Sozialrecht nachrangig ist und dass die Verweigerung jeglicher Mitwirkung dazu führt, dass die behauptete Mittellosigkeit des Petenten, seine Identität sowie seine vorherigen Aufenthaltsorte und damit etwaige vorrangige Leistungsansprüche gegen Leistungsträger außerhalb Bremens nicht ermittelt werden konnten.

Trotz der konfrontativen Grundhaltung des Petenten gelang es einem damaligen Mitglied des Petitionsausschusses der 20. Wahlperiode, ein gewisses Vertrauensverhältnis zum Petenten zu etablieren und von diesem eine Vollmacht für die Antragstellung von Sozialleistungen zu erhalten. Leider führte auch dieser Umstand sowie eine nichtöffentliche Sondersitzung des Ausschusses mit hochrangigen Vertreter:innen der Sozialbehörde nicht dazu, dass der Petent kooperativer geworden wäre.

Unabhängig vom konkreten Einzelfall hat der Ausschuss die Petition zudem zum Anlass genommen, sich in nichtöffentlicher Sitzung abstrakt-generell über die Arbeit der Sozialbehörde mit dem Phänomen der Obdachlosigkeit sowie konkrete über das Projekt Housing First Bremen informieren zu lassen.

Obwohl es nicht gelungen war, dem Petenten zu einer verstetigten Unterkunft zu verhelfen, beschloss der Ausschuss, die Petition weiterhin in der Beratung zu lassen, damit der mit einer Vollmacht ausgestattete Berichterstatter weiterhin auf dieses Ziel hinarbeiten kann.

Nach einer längeren Zeit wandte sich der Petent erneut an den Ausschuss und machte, nachdem er von einem kirchlichen Träger untergebracht gewesen war, eine erneute Obdachlosigkeit geltend. Trotz eines hohen Engagements des Ausschussvorsitzenden und einer Vereinbarung mit dem Innenressort, dem Petenten unter Aufbringung eines bürokratischen Minimalaufwandes zu einem Personalausweis zu verhelfen, scheiterten die Bemühungen erneut an der Verweigerungshaltung des Petenten. Dieser lehnt nach wie vor die Beantragung eines Passes, die Darlegung seiner Identität und die Beantragung von Sozialleistungen ab und fordert eine Unterbringung in einer Unterkunft ohne weitere Mitwirkung seinerseits. Im Rahmen der allgemeinen Handlungsfreiheit steht es dem Petenten natürlich zu, keine Sozialleistungen – die die Grundlage für die Zurverfügungstellung einer Unterkunft und die Versicherung in der gesetzlichen Krankenkasse darstellen – zu beantragen. Durch die beharrliche Verweigerungshaltung des Petenten ist es dem Ausschuss jedoch leider nicht möglich, seinem Anliegen zum Erfolg zu verhelfen und bittet vor diesem Hintergrund, die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Eingabe Nr.: S21/145

Gegenstand: Beschwerde über Jugendamt

Begründung:

Der Petent kritisiert das Verhalten der Case-Managerin des Amtes für Soziale Dienste im Rahmen eines familienrechtlichen Verfahrens und bittet darum, dass sein Verfahren von anderen Mitarbeitenden des Amtes übernommen wird. Insbesondere beklagt er, dass zwischen der Case-Managerin und der ihn zur Begleitung in seinem Verfahren von ihm bevollmächtigten Person kein Vertrauensverhältnis bestünde und die Case-Managerin nicht respektieren würde, dass der Petent sich von der bevollmächtigten Person in seinem Verfahren unterstützen lasse. Er fordert, dass eine objektive und unparteiische Case-Managerin für sein Verfahren eingesetzt würde.

Das Ergebnis der parlamentarischen Beratung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration wie folgt dar:

Der Petitionsausschuss bedauert die vom Petenten geschilderte Situation. Eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Case-Managerin und Betroffenen ist in einem familienrechtlichen Verfahren, insbesondere im Sinne des Kindeswohles, sehr wichtig. Allerdings sieht der Petitionsausschuss keine Möglichkeit dem Anliegen des Petenten zum Erfolg zu verhelfen. Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration hat dem Petitionsausschuss in der eingeholten Stellungnahme den Hergang und aktuellen Stand des Verfahrens mitgeteilt. Daraus wird deutlich, dass die Case-Managerin über das Recht des Petenten von einer ihn in dem Verfahren unterstützenden Person begleitet zu werden weiß und dies respektiert. Gleichwohl habe die Case-Managerin den Petenten darüber aufgeklärt, dass die Gespräche und der Schriftverkehr weiterhin mit ihm erfolgen werde, da er der Kindsvater des betroffenen Kindes sei. Des Weiteren habe die Case-Managerin dem Petenten zu einem rechtlichen Beistand in dem Verfahren geraten. Grundsätzlich weist die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration die seitens des Petenten geäußerten Vorwürfe zurück und teilte dem Petenten bereits mit, dass ein Wechsel der Case-Managerin im Rahmen der Bearbeitung seines Verfahrens nicht angedacht sei. Der Petitionsausschuss erachtet die Darstellungen der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration als schlüssig und gut nachvollziehbar. Dem Petenten wurde Gelegenheit zur Erwiderung auf die Stellungnahme der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration gegeben, er hat den Darstellungen jedoch nicht widersprochen. Aus den dargelegten Gründen kann der Petitionsausschuss keinen Missstand im Rahmen der Bearbeitung des familienrechtlichen Verfahrens des Petenten durch die Case-Managerin des Amtes für Soziale Dienste erkennen. Der Petitionsausschuss bittet daher die Petition für erledigt zu erklären, da er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Eingabe Nr.: S21/146

Gegenstand: Regionalticket Bremen-Niedersachsen

Begründung:

Der Petent regt die Einführung eines gemeinsamen Regionaltickets für Niedersachsen und Bremen an. Zur Begründung trägt er vor, dass aller Voraussicht nach das Deutschlandticket bald wegfallen würde, für viele Personen alltägliche Wege in der Region anfallen und besonders einkommensschwache Arbeitnehmende finanziell überfordert seien, wenn sie gelegentlich in einen der Nachbargemeinden ihrer Berufstätigkeit nachgehen müssten.

Die Petition wird von acht Mitzeichnenden unterstützt.

Das Ergebnis der parlamentarischen Beratung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung wie folgt dar:

Die Petition hat sich aus Sicht des Petitionsausschusses erledigt, da entgegen der Annahme des Petenten die Finanzierung des Deutschlandtickets für das Jahr 2025 sichergestellt ist. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung hat dem Petitionsausschuss zudem mitgeteilt, dass alle beteiligten Akteure gewillt seien an einer stabilen Finanzierung zu arbeiten, um eine Fortführung des Deutschlandtickets auch über das Jahr 2025 hinaus sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund sehe die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung derzeit keine Notwendigkeit, ein gesondertes Regionalticket für Niedersachsen und Bremen vorzubereiten. Diese Ansicht teilt der Petitionsausschuss und bittet daher die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Eingabe Nr.: S21/151

Gegenstand: Kantsteinmarkierung durch reflektierende Streifen

Begründung:

it der vorgelegten Petition bittet der Petent, auf den Geh- und Radwegen der Karl-Carstens-Brücke sowie der Wilhelm-Kaisen-Brücke eine Kantsteinmarkierung durch reflektierende Streifen anbringen zu lassen, um vor allem für Radfahrende die Sicherheit zu erhöhen. Insbesondere auf der engen Rampenauffahrt von Hastedt auf die Karl-Carstens-Brücke sei bei Regen, Dunkelheit und durch das Licht des Gegenverkehrs der Kantstein nicht zu erkennen.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung legt mit ihrer Stellungnahme dar, dass eine Kantsteinmarkierung technisch nur in Form eines Anstriches mit geringer Materialdicke möglich ist. Inwieweit es reflektierende Farben gibt, die den erhöhten mechanischen Beanspruchungen am Fahrbahnrand standhalten und wie die tatsächliche Wirkung von reflektierenden Anstrichen ist, ist demnach momentan nicht bekannt. Auch die Kosten zur Unterhaltung der Markierungen können laut Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung nicht eingeschätzt werden.

Plastische Markierungen oder Streifen zum Aufkleben sind dahingegen nicht geeignet. Diese sind dicker als Farbanstriche und würden den ungehinderten Wasserabfluss Richtung Fahrbahn behindern. Damit bestünde die Gefahr, dass das Wasser sich vor der Markierung sammeln würde, wodurch die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wäre. Im Winter käme außerdem eine erhöhte Gefahr von Glatteisbildung dazu.

Zu den beiden benannten Bauwerken wurden bisher keine erhöhten Unfallzahlen gemeldet. Die Brückenbeleuchtung gewährleistet eine hohe Ausleuchtung und damit eine gute Sichtbarkeit des Geh- und Radweges.

Vor diesem Hintergrund bittet der Ausschuss, die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Eingabe Nr.: S21/165**Gegenstand: Weiterbeschäftigung bei BSAG****Begründung:**

Mit der vorgelegten Petition trägt der Petent vor, dass er seiner Beschäftigung als Busfahrer bei der BSAG aufgrund eines Arbeitsunfalls nicht mehr nachkommen kann. Er steht mit der BSAG in Kontakt hinsichtlich einer Weiterbeschäftigung mit einem anderen Aufgabenprofil und bittet hierbei um Unterstützung seitens des Petitionsausschusses.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung legt mit ihrer Stellungnahme dar, dass es sich im vorliegenden Fall um eine arbeitsrechtliche Angelegenheit zwischen dem Petenten und der BSAG handelt, auf die die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung keinen Einfluss nehmen kann. Der Vorgang fällt in den Verantwortungsbereich des Vorstandes, der das Unternehmen gemäß § 76 Abs. 1 Aktiengesetz eigenverantwortlich leitet und nicht weisungsgebunden agiert.

Dem Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft kommt demgemäß kein Mandat zu, auf die in Rede stehende arbeitsrechtliche Angelegenheit Einfluss zu nehmen. Vor diesem Hintergrund bittet der Ausschuss, die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Eingabe Nr.: S21/169

Gegenstand: Fortbestand von Erdgastankstellen

Begründung:

Die Petenten begehren mit der vorliegenden Petition den Fortbestand von Erdgastankstellen in Bremen. Sie berichten, dass seit einiger Zeit keine Erdgastankstellen mehr in Bremen vorhanden seien und sie nun im Bremer Umland tanken müssen.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz bestätigt mit ihrer Stellungnahme, dass es vor einiger Zeit noch mehrere Erdgastankstellen in Bremen gab. Drei der seinerzeit angebotenen Tankstellen werden demnach nicht mehr betrieben. Bestehende Möglichkeiten Erdgas zu tanken bestehen derzeit an einer Tankstelle in der Osterholzer Heerstraße sowie an der Stadtgrenze zu Bremen im Bereich Kattenturm/Brinkum. Die Genehmigungsbehörde für Erdgastankstellen in Bremen ist die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen. Dem Gewerbeaufsichtsamt liegen laut eigener Auskunft zurzeit keine Anträge auf Erlaubnis nach § 18 der Betriebssicherheitsverordnung vor. Eine gesetzliche Grundlage, etwa für das Vorhalten von einer Mindestanzahl von Erdgastankstellen im Land Bremen, gibt es aktuell nicht. Die senatorische Behörde für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz kann somit keinen Einfluss auf das Angebot der Erdgastankstellen nehmen. Auch liefert das geltende Recht keine Grundlage für den Fortbestand von Erdgastankstellen in Bremen. Vor diesem Hintergrund bittet der Ausschuss, die Petition für erledigt zu erklären, weil er keine Möglichkeit sieht, dem Anliegen zu entsprechen.

Der Ausschuss bittet, folgende Petitionen für erledigt zu erklären:

Eingabe Nr.: S21/79

Gegenstand: Vorhabenbezogener Bebauungsplan 159

Begründung:

Die Petentin fordert eine Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 159 für die Errichtung eines Verbrauchermarktes und von Wohngebäuden in Bremen Gröpelingen an der Seewenjestraße zwischen der Weichselstraße, der Bromberger Straße und der Lissaer Straße. Insbesondere äußert die Petentin Bedenken hinsichtlich der Erschließung des Gebietes, der Anlieferung des Nahversorgers und des Verkehrskonzeptes insgesamt. Zusätzlich wird die verkleinerte Verkaufsfläche des Nahversorgers kritisiert.

Die Petition wird von 34 Mitzeichnenden unterstützt.

Bezüglich des Erhalts des Nahkaufes und eines Mobilitätskonzeptes wurden des Weiteren rund 1200 Unterschriften per Liste eingereicht. Seitens der Petentin wurden weitere 285 Unterschriften per Liste eingereicht.

Der Petitionsausschuss hat zum Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst wie folgt dar:

Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung hat den Petitionsausschuss darüber informiert, dass die Petition ein laufendes Bauleitverfahren betrifft. Entsprechend war § 3 Abs. 3 Nr. 1 PetG anzuwenden und die Petition wurde an die zuständige Deputation zur Behandlung als Material im Planaufstellungsverfahren und als Stellungnahme nach § 3 des Baugesetzbuches zur Beratung übermittelt. Hierüber informierte der Petitionsausschuss die

Petentin. Des Weiteren hat die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass für das Vorhaben in der Sitzung der Städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung am 11.01.2024 die öffentliche Auslegung beschlossen wurde, die vom 01.02.2024 bis zum 01.03.2024 durchgeführt wurde. Im Rahmen der öffentlichen Auslegung habe die Petentin eine Stellungnahme zum VEP 159 mit einer Unterschriftenliste eingereicht. Die in der Petition aufgeführten Hinweise und Bedenken zur Planung, insbesondere zu den Themen Verkehr/Anlieferung und Parken, stimmten dabei mit der vorgenannten Stellungnahme überein. Grundsätzlich sieht § 3 Abs. 3 Nr. 1 PetG vor, dass die zuständige Deputation das Ergebnis ihrer Beratung über die Petition dem Petitionsausschuss mitteilt und der Petitionsausschuss nach der Beratung über die Petition seine Beschlussempfehlung gemäß § 11 PetG abgibt.

Nach Mitteilung der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung ist aktuell die Bearbeitung des Verfahrens zum VEP 159 aufgrund eines Grundstückspachtvertrages ausgesetzt und der Zeitpunkt für eine weitere Bearbeitung ist nicht absehbar. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung sicherte aber dem Petitionsausschuss zu, dass bei Wiederaufnahme des Verfahrens die in der Petition enthaltenen Hinweise und Bedenken der Petition in die Abwägung miteinbezogen würden. Vor diesem Hintergrund bittet der Petitionsausschuss, die Petition für erledigt zu erklären.

Eingabe Nr.: S21/127

Gegenstand: Beschwerde über Sozialbehörde

Begründung:

Der Petent kritisiert das Verhalten des Amtes für Soziale Dienste in einem eine Nachlassangelegenheit betreffenden Verwaltungsverfahren. Dieses sei durch übermäßige Bürokratie und einen nicht angemessenen Umgang mit den erbberechtigten Personen gekennzeichnet gewesen. Insbesondere seien die Erben durch das Amt für Soziale Dienste dazu aufgefordert worden, Forderungen im Zusammenhang mit dem Nachlass aus ihrem Privatvermögen zu begleichen, was dem Petenten aber nur bei hohen finanziellen Verlusten möglich gewesen wäre.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen des Petenten eine Stellungnahme der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung zusammengefasst wie folgt dar:

Der Petitionsausschuss kann den Unmut des Petenten über die lange Verfahrensdauer in der Nachlassangelegenheit, die teilweise fehlerhafte Berechnung der Forderungssumme und insbesondere über den generellen Umgang mit den erbberechtigten Personen seitens des Amtes für Soziale Dienste gut nachvollziehen. Gleichwohl hat sich die Petition aus Sicht des Petitionsausschusses erledigt. Durch die eingeholte Stellungnahme wurde ersichtlich, dass zeitgleich zum Petitionsverfahren ein Widerspruchsverfahren in der Sache anhängig war, welchem mittlerweile mit Widerspruchsbescheid teilweise abgeholfen wurde. Im Rahmen des Widerspruchsverfahrens wurde der versehentlich erfolgte Fehler bei der ursprünglichen Berechnung der Forderungssumme korrigiert. Der Aussage des Petenten, dass die Erbberechtigten im Laufe des Verfahrens dazu aufgefordert wurden, Forderungen im Zusammenhang mit dem Nachlass aus ihrem Privatvermögen zu begleichen, widerspricht die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration in der eingeholten Stellungnahme. Inwiefern die im Rahmen des Verfahrens an den Petenten gerichteten Schreiben der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration dennoch diesen Anschein erweckten, entzieht sich der insofern nachträglichen Beurteilung des Petitionsausschusses. Bezüglich der längeren Bearbeitungsdauer verweist die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf die teils schwierige Informationsbeschaffung und den komplexen Sachverhalt. Hinsichtlich weiterer Einzelheiten wird auf den Widerspruchsbescheid und die Stellungnahme der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration verwiesen, dessen Inhalte dem Petenten

bekannt sind. Vor diesem Hintergrund bittet der Ausschuss die Petition für erledigt zu erklären.

Eingabe Nr.: S21/129

Gegenstand: Erhalt Kita Dresdener Straße

Begründung:

Im Namen der Eltern des Kinder- und Familienzentrums Dresdener Straße (Hort Grundschule am Weidedamm) fordert die Petentin, dass der Standort nicht zum 1. August 2025 geschlossen werde.

Die Senatorische Behörde sei nicht in der Lage, nach der Schließung des Hortes eine alternative Betreuung am Nachmittag für die Schüler:innen der Grundschule am Weidedamm anzubieten.

Deshalb bittet die Petentin, die Einrichtung erst zu schließen, wenn sichergestellt ist, dass eine alternative Nachmittagsbetreuung gewährleistet ist.

Die Petition wird von 142 Mitzeichner:innen unterstützt.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen der Petentin eine Stellungnahme der Senatorin für Kinder und Bildung eingeholt. Unter Berücksichtigung dessen stellt sich das Ergebnis der parlamentarischen Beratung zusammengefasst folgendermaßen dar:

Die Deputation für Kinder und Bildung hat in ihrer Sitzung am 03.09.2024 beschlossen, dass die Schule Am Weidedamm, bisher als verlässliche Grundschule organisiert, zum Schuljahr 2025/26 in eine offene Ganztagsgrundschule umgewandelt werden wird.

Zum Zeitpunkt der Stellungnahme hat die Senatorin für Kinder und Bildung angeführt, dass sowohl hausintern als auch in Zusammenarbeit mit der Schulleitung vor Ort Fragen der zusätzlichen personellen Ausstattung, der Mittagessensversorgung und der organisatorischen Rahmenbedingungen erörtert werden und daher zu erwarten sei, dass der angeschobene Schulentwicklungsprozess von einer verlässlichen Grundschule hin zu einer offenen Ganztagsgrundschule fristgerecht mit Beginn des Schuljahres 2025/26 abgeschlossen sein wird, sodass die Schule Am Weidedamm dann eine entsprechende Nachmittagsbetreuung für die Schüler:innen anbieten kann.

Im März 2025 hat die Petentin von der Schulleitung der Schule am Weidedamm die Mitteilung erhalten, dass die schriftlichen Zusagen für die Plätze des Offenen Ganztags versandt worden seien und somit im kommenden Schuljahr alle circa 200 angefragten Ganztagswünsche der Eltern bedient und für alle benötigten Betreuungsplätze bis 16 Uhr eine Nachmittagsbetreuung angeboten werden kann.

Vor diesem Hintergrund bittet der Ausschuss, die Petition für erledigt zu erklären.

Eingabe Nr.: S21/153

Gegenstand: Laub auf Grünflächen belassen

Begründung:

Die Petentin fordert das Belassen des Laubes auf den Grünflächen, die Beachtung von Klima- und Artenschutz sowie den Einsatz von Laubbläsern nur im Notfall. Im weiteren Verfahren ergänzt die Petentin ihren Vorschlag dahingehend, dass zwar aus Sicherheitsgründen das Laub von Gehwegen und Straßen entfernt werden müsse und auch auf Rasenflächen die Laubbeseitigung sinnvoll sei, um den Rasen nicht zu schädigen. Immer wieder würden aber auch Beete und der Boden unter Büschen gereinigt, was überflüssig sei. Auch sei die durch die Geräte verursachte Lärmbelastung gesundheitsschädlich für die Anwohnenden. Die Laubbeseitigung solle daher auf das nötigste minimiert werden und es solle dies lediglich

mit Rechen und Harke erfolgen, welche keinen Lärm und keine schädlichen Emissionen verursachen.

Die Petition wird von 17 Mitzeichnenden unterstützt.

Das Ergebnis der parlamentarischen Beratung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft wie folgt dar:

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft hat dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass das Laub dort wo es möglich sei, auf den Grünflächen belassen würde. Das Laub könne jedoch nur in geschlossenen Gehölz- und Baumbeständen liegen bleiben, wo es sich zersetzen könne und als Nährboden für unzählige Pflanzen und Tiere diene. Nicht möglich sei es aus Sicherheitsgründen das Laub auf Wegen und aus Gründen der Rasenpflege auf großen Rasenflächen zu belassen. Bezüglich der Lärmbelastung führt die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft aus, dass grundsätzlich keine Laubsauger, sondern nur Laubbläser eingesetzt würden, wobei standardmäßig schallreduzierte 4-Taktgeräte verwendet würden. Bei geringeren Laubmengen würde mit tragbaren 4-Mix-Motor-Geräten gearbeitet. Grundsätzlich würde die technische Entwicklung verfolgt, um auch den Anteil an akkubetriebenen Laubbläsern kontinuierlich zu erhöhen. Grundsätzlich könne aber aufgrund der 8,2 Mio. m² Parks und Grünanlagen nicht auf den Einsatz von Laubbläsern verzichtet werden. Der Petitionsausschuss erachtet die Ausführungen der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft für nachvollziehbar und überzeugend. Der Ausschuss ist der Ansicht, dass die Praxis des Umweltbetriebes Bremens hinsichtlich des Einsatzes von Laubbläsern bereits in weiten Teilen den Forderungen der Petition entspricht.

Der Petitionsausschuss bittet daher, die Petition für erledigt zu erklären.

Eingabe Nr.: S21/154

Gegenstand: Beschwerde über Wohngeldstelle

Begründung:

Die Petentin beklagt die lange Bearbeitungsdauer eines Wohngeldantrages, welchen sie für eine von ihr betreute Person gestellt habe. Des Weiteren stellt sie einen Antrag auf Weiterleistung und auf Zinsleistung für nachzuzahlendes Wohngeld.

Das Ergebnis der parlamentarischen Beratung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung wie folgt dar:

Nach Auffassung des Petitionsausschusses hat sich die Petition erledigt, da die Gründe für die lange Bearbeitungsdauer des Wohngeldantrages in der Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung nachvollziehbar und umfassend dargelegt werden. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung hat dem Petitionsausschuss mitgeteilt, dass grundsätzlich der allgemeine Bearbeitungsrückstand der Wohngeldbehörde seit fast einem Jahr konstant maximal drei Monate betrage. Die Bearbeitung der eingehenden Wohngeldanträge erfolge grundsätzlich in chronologischer Reihenfolge. Bis zur Prüfung eines eingegangenen Wohngeldantrages könnten bis zu drei Monate vergehen. Sollte der vorliegende Wohngeldantrag vollständig sein, erhalten die Antragsteller:innen dann eine abschließende Entscheidung. Bei Nichtvollständigkeit des Antrages würden die fehlenden Unterlagen angefordert. Drohe eine Notlage, wird die Bearbeitung abweichend von der chronologischen Bearbeitungsweise entsprechend vorgezogen. Des Weiteren wird in der Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, deren Inhalt der Petentin bekannt ist, der erfolgte Schriftverkehr, welcher im Rahmen des Wohngeldantrages mit der Petentin erfolgte, eingehend dargestellt. Daraus wird nicht ersichtlich, dass der Petentin im Rahmen des Antragsverfahrens nicht geantwortet wurde. Vielmehr weist die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung darauf hin, dass weiterhin Informationen fehlten, die für die Entscheidung über den Wohngeldantrag zwingend erforderlich seien. In der bisherigen Mitwirkung habe die

Petentin nur zum Teil Bereitschaft gezeigt, die notwendigen Informationen mitzuteilen und zur Aufklärung beizutragen. Über den Anspruch auf Wohngeld könne in der Sache aber nur entschieden werden, wenn die antragstellende Person alle Belege und Nachweise eingereicht habe, die für die Prüfung und Berechnung eines Wohngeldanspruches erforderlich sind. Da dies nicht geschehen sei, sei ein ablehnender Bescheid an die Petentin verschickt worden.

Die ausführliche Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung verdeutlicht, dass der Vorgang eingehend überprüft wurde und letztlich kein Fehlverhalten der Wohngeldbehörde feststellbar ist. Da die Petentin auf die ihr zur Verfügung gestellte Stellungnahme der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung nicht erwidert hat, geht der Petitionsausschuss davon aus, dass sie dem Sachverhalt nichts hinzuzufügen hat. Der Petitionsausschuss bittet vor diesem Hintergrund, die Petition für erledigt zu erklären.

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss bittet, die Stadtbürgerschaft, die Behandlung der Petitionen wie empfohlen zu beschließen.

Claas RohmeyerVorsitzender